

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Thürmer Flügel u. Pianos sind von hervorragender Qualität und äußerst preiswert. Verkaufs-Magazin: Meisson, Martinstrasse 12.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Begleit-Gebühr
vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Feiertagen nur einmal) 2,50 Mk., für auswärtige Abonnenten bis 2,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (abwärts abgerundet). Die von Berlin von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gesendeten Abend-Ausgaben erheben die üblichen Gebühren mit der Morgen-Ausgabe zusammen gerechnet. Nachdruck mit besonderer Quellenangabe („Dresd. Nachr.“) gestattet. — Unentgeltliche Mitteilungen werden nicht angenommen.

Angaben-Zerif.
Bestand von Nachrichten bis Ende März. Sonntags nur Nachrichten bis 11 Uhr. Die einpolige Grundgebühr (ca. 8 Seiten) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden zu 10 Pf., die einpolige Grundgebühr 20 Pf., die einpolige Familien-Nachrichten 1,50 Mk. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einpolige Grundgebühr 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundgebühr 30 Pf. — Anzeigen-Abgabe nur gegen Voranzahlung. Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Königl. Preuss. Staatsmodell 1. Silber.

Bon Jour mit Goldmündstück . . . 3 1/2 Pfg.
Kronprinz Wilhelm in versch. Mandateck. 6 1/2 und 10 Pfg.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Zu Frühjahrskuren

Kräftigungsmittel, haltbar u. konzentriert, mit Sarsaparill verstärkt, Flasche, für mehrere Tage ausreichend, 1,20 u. 1,50 Mk. Dr. Kleines aromatisches Blutreinigungsmittel, 1 Mk., 1/2 60 Pfg. Dr. Brandes Blutreinigungsmittel-Pulver, 1 Mk. Alle Präparate v. angen. Geschm. u. n. Wirkung. Alleinverkauf und Versand **Salomonis-Apotheke** Dresden-A. Neumarkt 8.

Galerie E. Arnold
Schloss-Strasse 34.
Gemälde * Skulpturen.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Uniformtuche** für Königlich Sächsische Staatsforstbeamte in echter Farbe.

Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Wahrscheinliche Witterung: Nordwestwinde, wolfig, kühl, zeitweise Regen.

Anläßlich des Stapellandes des Linienhiffes „König Albert“ hat zwischen dem König und dem Kaiser ein Telegrammwechsel stattgefunden.

In der Zweiten Kammer fanden gestern Etatkapitel und Petitionen zur Beratung.

Die Eröffnung der Großen Kunstausstellung in Dresden findet morgen vormittag 11 Uhr statt.

Am Reichstage fand gestern der Kolonialetat zur Beratung.

Die Reichstagswahl im Kreise Barchinon findet am 8. Mai statt.

Der Verband der preussischen Handwerkskammern hielt in Berlin einen allgemeinen Handwerks-Tammertag ab.

In Stettin sind gestern 700 Elektromonteur, wegen Ablehnung ihrer erhöhten Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Eine Junubruker Touristengesellschaft, bestehend aus sieben Personen, ist von der Mandspitze abgestürzt. Alle Seiden wurden schwer verletzt.

Die Sammlungen für das französische Militärflugwesen haben den Betrag von 3 Millionen Francs überschritten.

Der bekannte französische Mieger Pedrines ist bei Epinau-sur-Seine abgestürzt. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Der türkische Ministerrat hat die Fortdauer der Dardanellen-Sperre beschlossen.

Weitere kretische Abgeordnete, die sich nach Athen zu den Kammeritzungen begeben wollten, wurden von einem englischen Kriegsschiff festgehalten.

Bei dem Großfeuer in Damaskus sind 13 Personen ums Leben gekommen. Der Materialschaden wird auf ungefähr 15 Millionen Francs geschätzt.

Bei dem Tornado in Oklahoma und Nordexas sind 80 Personen umgekommen und etwa 100 verletzt worden.

Sturmzeichen.

Man wird gut tun, sich nicht in allzu große Sicherheit zu wiegen. Die innere Politik des Reiches zeigt ein unflares verworrenes Bild, der Reichstag selber ähnelt seinem Vorgänger aus Daaar und die Reichsregierung laviert, so gut sie kann. Es sind unerfreuliche Zustände, die nach einer Lösung schreien. Fast einstimmig hat die deutsche Presse festgestellt, daß die Wehrvorlagen eine große Mehrheit finden werden. Nur die Debattefrage bereitet noch immer Schwierigkeiten. Ja, ja, bei „Latus“ kommen wir zusammen, doch es schon immer. Uns will es scheinen, als ob man zu optimistisch in die Zukunft sehe. Gewiß werden die bürgerlichen Parteien es nicht wagen, die Vorlagen, die nur das Allernotwendigste fordern, rundweg abzulehnen. Die bürgerliche Partei, die das wagt, hätte angeklungen. Wohl aber scheinen gewisse Elemente die Zeit für gekommen zu halten, parteipolitische Wünsche mit den Wehrvorlagen zu verquiden, und hierin müssen wir allerdings eine schwere Gefahr erblicken.

Der Geist Noerens geht heute im Zentrum wieder um. Die Stürme des Jahres 1906, die der damalige Reichstagsabgeordnete Noeren entfacht hatte, scheinen sich wiederholen zu wollen. Noeren selber ist zwar inzwischen vom Zentrum abgeköhrt worden, nicht wegen jener skandalösen Ausfälle im Reichstag, sondern weil er auch äußerlich dem Zentrum die Signatur einer katholischen Partei aufdrücken wollte. Aber sein Geist lebt fort. Sein Gesinnungsgegenosse Matthias Erzberger hat sein Vermächtnis übernommen. Ganz unmotiviert benutzte er die Beratung der Wehrvorlagen im Reichstag dazu, gegen eine kaiserliche Kabinettsorder in einer Weise loszuwettern, die jedes erlaubte Maß überstieg. Es hätte wahrlich einen besseren Eindruck gemacht, wenn die bürgerlichen Parteien sich der langatmigen Reden enthalten hätten. In der Kommission ist Zeit genug, alle Wünsche und Bedenken vorzubringen. Vor einiger Zeit schien auch Herr Erzberger dieser Meinung zu sein, denn im „Tag“, dem Wächter für alles im deutschen Blätterwald, trat er lebhaft für

eine möglichst debattelose Verweisung der Vorlagen an die Kommission ein. Inzwischen war er wohl anderer Meinung geworden. Man kann zum Tuell sehen, wie man will, man kann es billigen oder verwerfen, beides kann man mit reichlichen Gründen belogen, ungewisselhaft aber wird man zugeben müssen, daß gerade die unbedingte Hochhaltung der Standesehre unser Offizierkorps zum ersten der Welt gemacht hat. Der Tuell an sich wird nirgends besser und nachdrücklicher belämpft wie in der Arme, die Zahl der Tuellen ist geradezu verwindend klein innerhalb unseres Offizierkorps. Die schwere Verantwortung, die in jeder Lebenslage auf unseren Offizieren lastet, hat diese zu einem Grade der Selbstbeherrschung erzogen, die geradezu musterartig ist. Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel. Es wird als etwas ganz Selbstverständliches hingenommen, daß der Offizier in jeder Situation Herr seiner selbst ist. Das ist, aber nur zu erreichen durch ein in Fleiß und Mut übergegangenenes Standesbewußtsein, das jederzeit auch mit der Waffe für seine Ehre einzutreten hat. Niemand wird einem Gegner des Tuells, dessen Gegnerschaft auf religiösen und ethischen Anschauungen beruht, deswegen einen Vorwurf machen. Wer aber der Arme als Offizier angehört, der hat sich Klar zu machen, daß er als Glied des Offizierkorps sich dem Geiste anzupassen hat, der dort lebt. Kann er das nicht, so soll er selber die Konsequenzen ziehen.

Es hätte Herrn Erzberger freigestanden, seine Bedenken in der Kommission vorzubringen. Der Abgeordnete zog es aber vor, in voller Öffentlichkeit eine Kabinettsorder des Kaisers zu beschimpfen, und als der Kriegsminister von Heeringen dagegen Verwahrung einlegte und in mehr offenen als glücklichen Wendungen seinen Standpunkt darlegte, da brach der „Sturm“ los. Es war ein betrübendes Bild, die Sozialdemokraten, die liberalen Parteien und das Zentrum mit seinem Anhang in trantem Verein zu sehen. Am anderen Tage hielt es der Zentrumsführer Spahn für angebracht, in einer förmlichen Erklärung gegen den Kriegsminister Sturm zu laufen, und die Zentrumspresse hat einen regelrechten Feldzug gegen Herrn von Heeringen eröffnet. In dem bekannten anmahenden Tone fordern diese Mütter die Entlassung des Kriegsministers und gleichzeitig die Beseitigung des Duellzwanges. Von der Erfüllung dieser beiden Forderungen wird das Zentrum möglicherweise die Zustimmung zu den Wehrvorlagen abhängig machen.

Noch bedenklicher ist ein weiterer Vorstoß des Zentrums, der sich diesmal direkt gegen die Kommandogewalt des Kaisers richtet. Bei der Beratung des Schutztruppengesetzes in der Kommission beantragte Herr Erzberger, daß die Ernennung von Schutztruppenoffizieren nur noch nach erfolgter Gegenzeichnung des Reichskanzlers zu erfolgen habe. Man möchte also eine Parlamentsarmee schaffen. Es ist das ein geradezu unangenehmlicher Eingriff in die kaiserliche Kommandogewalt; diese Tatsache ist um so unannehmer, als der Zentrumsantrag von sämtlichen Parteien unterstützt worden ist mit Ausnahme der Konservativen. Dem energischen Widerstand der Konservativen allein ist es zu danken, daß die Entscheidung über den Antrag noch ausgesetzt worden ist. Die Weiterberatung des Schutztruppengesetzes soll erst nach Erledigung der Wehrvorlagen erfolgen. Es handelt sich also nur um einen Aufschub.

Die neue Mehrheit des Reichstages, gebildet von Sozialdemokratie, Liberalen und Zentrum, drängt immer mehr dem parlamentarischen System zu. Die Machtbefugnisse des Reichstages sucht man zu erweitern auf Kosten der kaiserlichen Gewalt, und das Zentrum, dessen demokratische Tendenzen nach Vertikung Ausschneiden wieder mehr zutage treten, leistet hierbei Handlangerdienste. Das Zentrum kann bei einer Parlamentsherrschaft nur gewinnen; bei der Verfahrenheit der übrigen bürgerlichen Parteien ist es der einzige große Machtfaktor im bürgerlichen Lager, der der Sozialdemokratie numerisch die Wage hält. Die Erfahrungen des Jahres 1907 sind bereits vergessen, das Zentrum kommt sich in dem sicheren Bewußtsein seiner Macht. Es ist tief befallenenwert, daß die Liberalen den Ernst der Stunde nicht verstehen. Die Machtgelüste der Spahn, Erzberger und ihrer Mannen treten mit jedem Tage deutlicher hervor, und es ist bemerkenswert, daß vorläufig nur die Rechte den Vorstößen des Zentrums die Stirn bietet.

Viel wird davon abhängen, wie die Reichsregierung sich zu diesen Vorstößen stellen wird. Es wäre tief befallenenwert, wenn der Kanzler dem Zentrum zuliebe den Kriegsminister preisgeben würde. Der Ministerverbrauch unter dem

künftigen Kanzler ist ungewöhnlich groß; einige Herr von Heeringen, so würde die Regierung binnen Jahresfrist drei hervorragende Männer verloren haben, außer dem Kriegsminister noch die Staatssekretäre von Lindequist und Bismuth. Das ist viel für unsere Zeit, die an bedeutenden Männern keinen Ueberfluß hat. Der Nährtrift Heeringens würde aber vor allem die üble Folge haben, daß das Kammerbewußtsein des Zentrums ins Ungemessene steigen würde. Nur bei der Sozialdemokratie und beim Zentrum ein entschlossener Wille zur Macht. Konsequenz geben diese beiden Machtfaktoren vor, die Liberalen verhalten sich indifferent, und die Rechte ist in die Defensive gedrängt. Ueberall Sturmzeichen, schon der nächste Tag kann den Sturm bringen. Die patriotischen Kreise haben allen Grund, wachsam zu sein, daß sie dem drohenden Unwetter handhaben können.

Wie die „Berl. Morgenpost“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, beabsichtigt das Zentrum, bei der kommenden Debatte über die Heeresvorlage in der Budgetkommission des Reichstages einen Antrag auf Aenderung des Militärstrafgesetzes in der Richtung einzubringen, daß jede Art von Duellvergehen mit sofortigem schlichten Abchied bestraft wird. Demnach scheint das Zentrum konsequent auf einen Konflikt hinzuarbeiten.

Drahtmeldungen

vom 29. April. Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eingegangen ist der Gesandtschaft betreffend den Zusammenstoß von Schiffen. — Die Beratung des Etats der Reichseisenbahnen wird fortgesetzt. Die Abstimmung über die Vornahme der Wochenscheitertagen, die am Sonnabend zur Festhaltung der Reichsbahnfähigkeiten des Dantes gefahrt hatte, wird bis zum Schluß der Beratung dieses Etats ausgesetzt, da das Haus offenbar wieder beschlußunfähig ist. Abg. Dr. Weill (Soz., Gl.) verlangt Beseitigung der Schaffner, Abg. Schab (Zentr., Gl.) der Weidenheller, Abg. Werner (Reformp.) der Eisenbahnbureaukranten. — Abg. Rupp (Reformp.) (Wirtsh. Vag.) befürwortet eine Resolution, die das passive Wahlrecht für die Arbeiterauswähler auf das 25. Lebensjahr festsetzt wissen will. — Abg. Schwabach (natl.) fragt an, warum der Fonds für Beihilfen an Pensionäre nicht voll zur Auszahlung gelangt. — Geheimrat Fritsch teilt mit, daß nicht genügend Ansuchen um Gewährung von Beihilfen erfolgen, um den Fonds zu erschöpfen. Er ist letzter Zeit sind in größerer Zahl Gesuche eingelaufen. — Abg. Joller (natl.) greift den Abgeordneten Rupp, der als Vertreter des Eisenbahner Eisenbahnerverbandes aufgetreten war, an, von seinem Standpunkt als Vorsitzender des Stüttinger Verbandes. Er wirft dem Abgeordneten Rupp eine unehrliche Kampfmethode vor. (Vizepräsident Dove rät den Ausspruch.) — Abg. Wurm (Wirtsh. Vag.) bedauert, daß hier Gegenstände zwischen den verschiedenen Verbänden inkonkordiert würden. — Bei der Abstimmung über eine Petition des Verbandes der Bahnunterhaltungsarbeiter in Elb-Elb ringen um Vornahme der Entlohnungsurteil für die älteren Arbeiter stellt sich wieder die Notwendigkeit eines Sammelstranges heraus, der auch heute die Beschlußfähigkeit des Hauses erlaubt, bei einer Anwesenheit von 181 Mitgliedern. Die Sitzung wird um 2 1/2 Uhr abgebrochen. Auf die Tagesordnung der nächsten nach einer halben Stunde beginnenden Sitzung wird der Eisenbahnetat nicht mehr gesetzt, da auf ein beschlußfähiges Haus heute nicht mehr gerechnet wird.

In der neuen Sitzung wird der Kolonialetat beraten. Beim Gehalt des Staatssekretärs findet eine allgemeine Ausrede statt. Die Diamantensache, die Wasser-, Kredit- und Schutztruppen-Dragen sollen jedoch erst beim Etat für Südwestafrika, und die Wasser- und Mischentzüge beim Etat für Samoa besprochen werden. — Abg. Deule (Soz.): Wir können den ganzen Kolonialetat ab, da er uns nur in Konflikte mit England bringen kann. Die Kolonien nehmen unsere Auswanderung nicht an, können unseren Bedarf an Rohmaterial, insbesondere auch an Baumstoffe, nicht decken. Man nimmt den Schwarzern ihre Weideweide weg, beutet sie aus und behandelt sie unmenschlich. Erst bei den Diamanten bekam das deutsche Kapital Interesse und hat seine Geschäfte gemacht. Man löst aber auch das nach. Die Kolonialpolitik ist lediglich ein Geschäft, wie alle Heuerungen des Imperialismus, der nur die eine Lösung kennt: Geschäft ist Geschäft. Wo bleibt Ihr Christentum, wenn ein Mann, wie Vizepräsident Panke, die Neer Arbeitstiere nennt. Man sollte sie zur Kultur heranziehen, so daß sie Bücher und Zeitschriften lesen können. (Zuruf: Den Vorwärts!).) Sie aber nicht wie Siech behandeln. Redner bezieht sich für seine abfällige Kritik an